



Landtagsklub

Innsbruck, 09. September 2013

## Medieninformation

### **SPÖ Gemeindesprecher Dornauer zur Absage an Agrar West: „Bund folgt seit 1982 der Rechtsprechung zum Gemeindegut. Das Land Tirol trickst weiter!“**

Für den **SPÖ Gemeindesprecher LAbg. Ing. Georg Dornauer** ist die deutliche Absage des Landwirtschaftsministeriums an die Agrar West betreffend eine Änderung des Flurverfassungs-Grundsatzgesetzes 1951 nicht verwunderlich. „Der Bund hat seine demokratische und rechtsstaatliche Verpflichtung wahrgenommen und das Grundsatzurteil des Verfassungsgerichtshofes aus dem Jahre 1982 akzeptiert und umgesetzt“, erläutert der SPÖ Abgeordnete.

Der VfGH hat 1982 unmissverständlich klargestellt, dass die Gemeinden immer schon die materiellen Eigentümer des Gemeindeguts waren. „Und auch die Überlingsfrage ist seit damals entschieden“, wundert sich Dornauer unter Hinweis auf das Grundsatzurteil (Zitat: „...sodass die Substanz und also auch der Substanzwert und ein allfälliger Überschuss der Nutzungen der Gemeinde als solcher zugeordnet bleiben.“) über die Hinhaltenaktik der schwarz-grünen Landesregierung.

„Im Gegensatz zum Bund haben ÖVP und Bauernbund in Tirol mit allen Mitteln verhindert, dass es zu einer Wiedergutmachung der offenkundig verfassungswidrigen Gemeindegutsregulierungen gekommen ist“, erinnert Dornauer, „In der TFLG Novelle 1984 wurde sinngemäß festgeschrieben: Wir machen weiter wie bisher.“

Und tatsächlich wurden auch nach dem VfGH Grundsatzurteil 1982 zahlreiche verfassungswidrige Gemeindegutregulierungen und Hauptteilungen durchgeführt.

Insgesamt wurden den Tiroler Gemeinden mehr als 2.000 km<sup>2</sup> an Grundstücken weggenommen. „Die Substanzwerteinnahmen in zigfacher Millionenhöhe fehlen jährlich in den Gemeindehaushalten, während sich die Bauernbundgünstlinge die Finger reiben!“, bringt der SPÖ Politiker die Auswüchse des Tiroler Agrarskandals auf den Punkt.

Besonders beschämend findet LA Dornauer das Verhalten der Grünen, die noch im Frühjahr einen Sonderlandtag zur Rückübertragung des Gemeindeguts gefordert haben. „Und jetzt treten sie zusammen mit der ÖVP für Vereinbarungen und Hauptteilungen ein, die tendenziell zu einer Benachteiligung der Gemeinden und damit der Bevölkerung führen“, so Dornauer abschließend.